

**Niederschrift der 30. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee am Dienstag,  
den 18.01.2022 in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee**

---

**öffentlicher Teil**

**Beginn:** 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr

**Teilnehmer:**

**Bürgermeister**  
Broshog, Frank

**Fraktion DIE LINKE**

Janke, Tobias  
Kruppa, Judith  
Schulze, Doreen (per Video)

**Fraktion CDU**

Porath, Dargo  
Thiele, Andreas  
Wildenhein, Udo

**Fraktion SPD**

Daske, Bert  
Koch, Ingo

**Fraktion UWG**

Boss, Theo  
Borkowski, Wilfried  
Kosicki Thomas  
Pehnert, Dirk (per Video)  
Schuster, Antje  
Tscherwinka, Maik

**Freie Wähler**

Hänsel, Milan (per Video)

**AfD**

-

**Entschuldigt:** Elsner, Dieter AfD

**Unentschuldigt:** -

**Verwaltung:**

Gast, Ulrike (Teamleiterin Kämmerei)  
Gonschorek, Carolin (Teamleiterin Ordnungsamt)  
Reetz, Thomas (Teamleiter Bauverwaltung)  
Zehler, Sven (Schriftführer)

**Anw. geladene Gäste:**

Genssler, Florian (Münchner Solarkraftwerk und  
Verwaltungs GmbH)  
Krykwa, Ramona (Agrargesellschaft mbH Sperenberg)

## **Tagesordnung öffentlicher Teil**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zur Niederschrift der 27. Sitzung - öffentlicher Teil -
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen
7. Einwohnerfragestunde
8. BSV 137/30/2022 - Vertretung des OB Kummersdorf-Gut durch die Gemeindevertretung
9. BSV 138/30/2022 - Bebauungsplan Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ der Gemeinde Am Mellensee, Aufstellungsbeschluss
10. BSV 139/30/2022 - Bebauungsplan Nr. 21-03 „Mellenseestraße“ im OT Saalow, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur öffentlichen Auslegung
11. Antrag auf BSV - Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach §50a BbgKVerf
12. Antrag auf BSV - Änderung der Hauptsatzung - Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung
13. Antrag auf BSV - Kostenermittlung Klageverfahren zur Wertgrenzenermittlung bei der Vergabe der Grünflächenpflege auf den Friedhöfen 2021 als Geschäft der laufenden Verwaltung
14. Antrag auf BSV - Einwohnerumfrage zu zusätzlichen Haltepunkten für den Rufbus in der Gemeinde Am Mellensee, Zossen und Trebbin
15. Diskussion zur Überarbeitung/Aktualisierung der Satzungen der Gemeinde Am Mellensee
16. Information zur Petition (Kindertagesstätte "Kleine Füchse") - Einrichtung 30er Zone/ Geschwindigkeitsreduzierung L70 im Bereich Lüdersdorfer Straße und Parkstraße im Ortsteil Kummersdorf-Alexanderdorf der Gemeinde Am Mellensee
17. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
18. Sonstiges

### **Zu 1. Eröffnung und Begrüßung**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### **Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Es sind 16 Gemeindevertreter (davon 3x per Video) anwesend.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE widerspricht dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, da nach §2 Abs. 2 der gültigen Geschäftsordnung der Gemeinde Am Mellensee keine ordnungsgemäße Ladung vorliege, weil das Protokoll der vorherigen Sitzung nicht den Sitzungsunterlagen beilag. Dennoch spreche in diesem Fall nichts gegen eine Fortführung dieser Sitzung.

#### **Beschluss-Nr.: 328/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Fortsetzung der 30. Sitzung der Gemeindevertretung trotz nicht ordnungsgemäßer Ladung aufgrund des fehlenden Protokolls der letzten Sitzung.

#### Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

### Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass der TOP 11 entsprechend § 50a Abs. 1 Satz 2 der BbgKVerf zu Beginn der Sitzung und somit direkt nach TOP 07 behandelt wird. Damit soll die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage bereits in dieser Sitzung nach §50a Abs. 2 erfolgen.

### Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 27. Sitzung - öffentlicher Teil -

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag, dass einige Textpassagen unter TOP 10 sowie TOP 17 der 27. Niederschrift - öffentlicher Teil - ergänzt bzw. korrigiert werden mögen und erläutert kurz diese Änderungswünsche.

#### **Beschluss-Nr.: 329/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen zur 27. Niederschrift - öffentlicher Teil - der Gemeindevertretung:

1. Seite 7, TOP 1, Absatz nach dem Abstimmungsverhältnis zu Beschluss-Nr. 316/27/2021: „Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE äußert nochmal die Bedenken bzgl. der neuen Straßenbezeichnung in Hinblick auf die semantische Bedeutung.“

Ein Mitglied der Fraktion widerspricht den getätigten Aussagen, da die Straße keine eindeutige Bezeichnung habe. Es spreche demnach nichts dagegen.“

- a) **Ein** Mitglied der Fraktion DIE LINKE äußert nochmal die Bedenken...
- b) in Hinblick auf die **unterschiedliche** semantische Bedeutung **zum damaligen und heutigen Zeitpunkt**.
- c) Ein Mitglied der Fraktion **UWG** widerspricht den getätigten Aussagen, ...

2. Seite 9, TOP 17, erster Absatz:

„Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt nach, ob bzw. wie man die Zeit bis zur öffentlichen Bekanntmachung von Satzungen und Beschlüssen verkürzen könne, da bis dahin oftmals viel Zeit vergehe.“

- ⇒ Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt nach, ob die Verwaltung der Bitte nachgekommen ist, Wege für eine schnellere öffentliche Bekanntmachung zu eröffnen, da **es diese nach Aussage der Kommunalaufsicht gibt** und oftmals viel Zeit vergehe.

3. Seite 10, TOP 17, erster Absatz, Satz 2:

„Im Entwurf des aktuellen Amtsblattes gebe es immer einen Platzhalter, damit die Beschlüsse als auch Satzungen noch im gleichen Monat veröffentlicht werden können.“

- ⇒ Im Entwurf des aktuellen Amtsblattes gebe es immer einen Platzhalter, damit die Beschlüsse als auch Satzungen noch im gleichen Monat veröffentlicht werden können **und dies auch regelmäßig geschehe**.

#### Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
3 Enthaltungen	angenommen

### Zu 5. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister erhält das Wort und berichtet über folgende Punkte:

- Coronalage:

- Verpflichtung zur regelmäßigen Meldung der aktuellen Coronalage in der Gemeinde an den Landkreis (2x pro Woche)
- greifende Ausgangssperre für Ungeimpfte ab 24 Uhr

- massive Ausbreitung der aktuellen Corona-Welle
  - ⇒ notwendige Schließung von Kita-Einrichtungen, aber auch Verwaltung betroffen
- Einführung der Testpflicht für Kinder ab einem Jahr zum 07.02.22
  - ⇒ Beschaffung der Tests durch die Verwaltung (Kofinanzierung erfolgt übers Land)
- Pakt für Pflege (Förderprogramm):
  - Beantragung für 2021/2022 durch Verwaltung erfolgt
  - Bewilligung nur für 2022 in Höhe von 27.225 € (inkl. Eigenanteil von 6.225 €)
  - Ablehnung der Fördermittel für 2021, da Projektabrechnung bis zum 15.12. des laufenden Jahres erfolgen muss
  - mögliches Projekt für 2022 soll im BSK-Ausschuss und in GV vorgestellt werden
- Kitabedarfsplanung:
  - Abgleichung aller benötigten Positionen und Daten erfolgt (Termin 14.01.2022)
  - Aufbereitung und Vervollständigung aktuell in Arbeit
  - Vorstellung erfolgt voraussichtlich im BSK-Ausschuss im März
- Schulentwicklungsplan:
  - Termin zur Benennungsherstellung mit dem Landkreis für Region Ost am 17.01.2022
- Auszeichnungsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr aufgrund Coronalage nicht im üblichen großen Rahmen umsetzbar -> erfolgt jeweils in den einzelnen Ortswehren
- geplante Impfaktion in der Sporthalle im Ortsteil Mellensee am 26.01.2022 mit mobilen Impfteams (weitere Termine möglich, falls das Angebot angenommen wird)
- Grundschule Mellensee:
  - anstehende Untersuchung/Begehung der Schule durch den Denkmalschutz
  - auf Antrag der unteren Denkmalschutzbehörde Teltow-Fläming soll Schule unter Denkmalschutz gestellt werden
    - ⇒ aktuelle bzw. geplante Projekte / Maßnahmen (z.B. Brandschutzkonzept) möglicherweise nicht mehr umsetzbar
- Schienenpersonennahverkehr:
  - Potentialuntersuchung im Verkehrsverbund Brandenburg erfolgt (durch externes Unternehmen)
  - Ziel: mögliche Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
  - Ablauf: Treffen der Vorauswahl, Nutzwertanalyse, Datenerhebung und Gewichtung, Erstellen eines Fazits und einer Empfehlung
  - im Ergebnis werden vier Bahnstrecken in ganz Brandenburg wieder aktiviert (untersuchte Strecken in der Gemeinde sind während des Verfahrens ausgeschieden)
- bisher keine geeigneten Interessenten für die Verpachtung des Strandbades Mellensee bzw. die zu verkaufende Arztpraxis gefunden (Interessent (Arzt) ist wieder abgesprungen)
  - ⇒ Suche wird fortgesetzt (persönlicher Termin mit Geschäftsführer der WVaM in GV geplant)

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE stellen diesbezüglich folgende Nachfragen an den Bürgermeister:

Welche Kosten sind der Gemeinde im Zusammenhang mit dem Pakt für Pflege im vergangenen Jahr 2021 entstanden?

⇒ Antwort: Es sind keine Kosten entstanden.

Muss das Brandschutzkonzept für die Grundschule Mellensee infolge des möglichen Denkmalschutzes komplett überarbeitet werden?

⇒ Antwort: Das Ergebnis sei noch völlig offen.

Wer ist für die regelmäßige Bereitstellung der Tests für die Kitas zuständig? Laut einem Schreiben zum neuen Pflichttestkonzept in den Kitas ab 07.02.2022 besteht kein Zutrittsverbot, wenn die Gemeinde die Tests nicht bereitstellen kann.

⇒ Antwort: Ab sofort sind die Kommunen als Träger der Einrichtungen dafür verantwortlich. Die Beschaffung erfolge durch das Schulamt. Die Bestellung sei bereits getätigt worden und man hoffe, dass die Lieferung zeitnah erfolge. Sobald die Tests ausgegeben worden sind, ist eine Testung der Kinder zweimal wöchentlich verpflichtend.

## **Zu 6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen**

Ein Vertreter der Gemeinde Am Mellensee in der KMS-Verbandsversammlung berichtet über nachfolgende Punkte:

- OVG Berlin-Brandenburg:

Entscheidung des OVG am 02.11.2021 zur Normenkontrollklage zur Trinkwasserbeitrags-satzung. Der Beitragssatz wurde analog zum Schmutzwasser für unwirksam erklärt.

- Wasserwerk Rangsdorf:

Die im Januar 2021 durch einen Brand zerstörte Desoptionsanlage läuft seit dem 01.12.2021 im Normalbetrieb.

- Widerspruchsbearbeitung aufgrund BVerfG Urteil vom 12.11.2015:

Per 30.11.2021 sind 7447 Widerspruchsbescheide von 7949 zu bearbeitenden Widersprüchen erlassen worden. Bescheide in Höhe von 19,4 Mill. Euro wurden aufgehoben, 16,4 Mill. Euro wurden ausgezahlt.

- Feststellung des Jahresabschluss 2020:

Nach erfolgter Prüfung des Jahresabschluss 2020 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises erfolgte die Feststellung des Jahresabschluss 2020 und die Entlastung der Verbandsvorsteherin.

Der Jahresgewinn in Höhe von 567.013,53 Euro wird zur Deckung des Verlustvortrages verwendet.

- Gebühreennachkalkulation 2020 für die Trinkwasserversorgung, zentrale und dezentrale Schmutzwasserbeseitigung wird in der Kalkulationsperiode 2022 berücksichtigt:

- Trinkwasser: 1,49 Euro auf 1,51 Euro (Beitragszahler),
- Trinkwasser: 2,01 Euro auf 1,91 Euro (Nichtbeitragszahler),
- Schmutzwasser: 4,26 Euro auf 4,45 Euro (Beitragszahler),
- Schmutzwasser: 5,38 Euro auf 6,14 Euro (Nichtbeitragszahler),
- Verbrauchsgebühr dezentrale Schmutzwasserbeseitigung von 5,06 Euro auf 5,14 Euro je halben m².
- Gebühren können sich nach dem OVG Urteil noch ändern, je nachdem wie das Bundesverwaltungsgericht entscheidet (Zulassung Widerspruch oder nicht).

- Wirtschaftsplan 2022:

Wurde einstimmig beschlossen.

- Auftrag der Gemeindevertretung aus der Oktobersitzung an die seine Vertreter im KMS: siehe gesonderten Schriftwechsel.

Bezüglich gestellten Antrages zur Überarbeitung der Satzung des KMS im Zusammenhang mit den kostenpflichtigen Reparaturarbeiten an den veralteten Abwasserleitungen (vor dem Wasserzähler) auf den Privatgrundstücken der Einwohner habe man von der Verbandsvorsteherin des KMS eine schriftliche Stellungnahme mit der entsprechenden Rechtslage erhalten. Dies

wurde jedoch nicht nochmal in der Sitzung der Verbandsversammlung angesprochen bzw. diskutiert. Des Weiteren widerspricht die Verbandsvorsteherin des KMS in Ihrem Schreiben dem entstandenen Eindruck, dass im Ortsteil Sperenberg nahezu jeder zweite Haushalt veraltete Anschlüsse habe und diese demzufolge kostenpflichtig saniert werden müssen.

Der Vertreter der Gemeinde Am Mellensee in der KMS-Verbandsversammlung äußert in diesem Zusammenhang nochmal den Vorschlag, dass die anfallenden Reparaturkosten (vor der Wasseruhr) durch Änderung der Satzung zukünftig mit über die Verbrauchsgebühren finanziert werden sollen. Diesbezüglich stellt er die Frage, ob diese Thematik durch einen vorbereiteten Antrag nochmal auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen werden solle.

Mitglieder der Fraktion SPD sowie CDU sprechen sich dafür aus, da man auf das Netzwerk des KMS keinen Einfluss habe.

Der Bürgermeister ist hier anderer Auffassung. Man hätte hier ein gleiches Widerspruchsverfahren wie bei den Altanliegerbeiträgen. Sollte die Satzung geändert werden, werden die Kosten auf die Kommunen des Zweckverbandes umgelegt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG widerspricht ihm und erklärt, dass diese Kosten nicht auf die Kommunen umgelegt werden, sondern über die Verbrauchsgebühren reguliert werden.

Die Vertretung des Vorsitzenden der Gemeindevertretung stellt den Antrag, dass diese Thematik nochmal auf die Tagesordnung der nächsten Verbandsversammlung genommen werde.

### **Beschluss-Nr.: 330/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beauftragt ihre Vertreter im KMS (Herrn Broshog, Herrn Tscherwinka) bei der Vorsitzenden der Verbandsversammlung den Antrag zu stellen, dass die Diskussion zur Wasserversorgungssatzung des KMS in der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung des KMS mit auf die Tagesordnung genommen wird.

Im Ergebnis der Diskussion in der Verbandsversammlung soll die Möglichkeit geprüft werden, dass die Bürger in Bezug auf die Kostenübernahme bei Reparaturen vor dem Wasserzähler finanziell entlastet und finanzielle Härten vermieden werden.

Die Kosten sollen künftig in die Gebühren der Trinkwasserversorgung und Beseitigung des Schmutzwassers mit einfließen.

#### Abstimmungsverhältnis:

15 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

### **Zu 7. Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner aus Rehagen bemängelt den in der Sitzung vom 16.11.2021 gefassten Beschluss 131/27/2021 der Gemeindevertretung bzgl. der Errichtung einer Tempo-30-Zone im Neubaugebiet von Rehagen, da sich die betroffenen Straßen „Zur Wache“ und „Zum Wall“ bereits in einer vorhandenen Tempo-30-Zone befinden. Es handle sich demnach nicht um eine Errichtung, sondern nur um eine Erweiterung. In diesem Zusammenhang stellt der Einwohner folgende Fragen:

Wird dieser fehlerhafte Beschluss wieder aufgehoben?

Verstößt man beim Verlassen der neuen Tempo-30-Zone gegen die StVO, wenn man dann mit dem Fahrzeug 50 Km/h fährt?

Wer trägt die Kosten für die zusätzliche unnötige Beschilderung innerhalb der bestehenden Tempo-30-Zone? Laut Begründung in der Beschlussvorlage werden die Kosten auf die Anwohner umgelegt.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um keinen Verstoß handeln würde. Die beiden Straßen sind durch diesen Beschluss nur zu der bestehenden Tempo-30-Zone ergänzt worden. Es handelt sich demnach um eine Erweiterung des vorhandenen Zonenbereiches und um keine extra Tempo-30-Zone.

Der Teamleiter der Bauverwaltung ergänzt, dass für solch eine verkehrsrechtliche Anordnung ein Beschluss der Gemeindevertretung notwendig gewesen war, auch wenn die hinzugefügten

Straßen bereits innerhalb der bestehenden Tempo-30-Zone befunden lagen. Man habe diesbezüglich den Hinweis vom Straßenverkehrsamt erhalten. Für die Anwohner entstehen jedoch keine Kosten für eine Beschilderung, da keine zusätzlichen Schilder benötigt werden. Die beiden neuen Straßen wurden mittels dieses Beschlusses nur verkehrsrechtlich in die bestehende Tempo-30-Zone integriert.

Des Weiteren geht er auf den Tagesordnungspunkt 09 der aktuellen Sitzung ein. Hierbei gehe es um die Beschlussvorlage für einen Solarpark im Ortsteil Rehagen. Laut Beratungsreihenfolge sei diese Beschlussvorlage vorab im Bauausschuss diskutiert worden, was jedoch laut seiner Recherche nicht stimme. Es habe dazu im Bauausschuss lediglich eine Information durch die Agrargesellschaft mbH Sperenberg gegeben. Eine richtige Beratung über diese Thematik erfolgte jedoch nicht vorab. Außerdem fehle diesbezüglich noch die Beteiligung des Ortsbeirates Rehagen. Er bemängelt in diesem Zusammenhang auch, dass man sich nicht genügend Zeit für die Beratung bzw. Prüfung bzgl. solcher Beschlüsse lasse. Es gebe in der Gemeinde Am Mellensee mit dem ehemaligen Flughafen in Sperenberg eine weitere Möglichkeit für die Errichtung eines Solarparks, welche man ebenfalls in Betracht ziehen sollte. Mit dem Fassen eines Aufstellungsbeschlusses zur Umwandlung einer bestehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche in eine regenerative Energiefläche sollte auch der vorhandene Flächennutzungsplan parallel geändert werden. Er spricht in diesem Zusammenhang nochmal seine Empfehlung aus, sich vorab nochmal intensiver mit dem Vorhaben auseinander zu setzen, bevor hier voreilige Beschlüsse gefasst werden. Man solle nicht nur über Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien, sondern in diesem Zusammenhang auch über eine strategische Energieplanung für die Gemeinde nachdenken.

Abschließend äußert er die Bitte, dass die Sitzungstermine im Terminkalender auf der Homepage der Gemeinde Am Mellensee aktualisiert werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass die Anmerkungen zur Thematik Solarpark im entsprechenden Tagesordnungspunkt nochmal aufgegriffen werden und der Hinweis bzgl. der Sitzungstermine im Terminkalender durch die Verwaltung geprüft werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass es diesbezüglich den Sitzungskalender gebe.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass sich der Einwohner wohlmöglich auf den Veranstaltungskalender beziehe.

#### **Zu 11. Antrag auf BSV - Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach § 50a BbgKVerf – TOP wurde vorgezogen**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass dieser TOP bereits in der Dezember-Sitzung kurzfristig auf die Tagesordnung genommen und aufgrund eines formellen Fehlers beanstandet wurde. Mit der erneuten Beschlussfassung in der heutigen Sitzung soll dieser Fehler geheilt werden. Gleichzeitig wurde der Beschlussvorschlag entsprechend der Empfehlung der Kommunalaufsicht sowie den gesetzlichen Rahmenbedingungen bzgl. des §50a BbgKVerf nochmal überarbeitet.

Ein Einreicher der Beschlussvorlage ergänzt, dass man aufgrund der Beanstandung die Zeit nochmal genutzt habe, um den Beschlusstext zu konkretisieren. Demzufolge liegt nun eine andere Textfassung vor.

#### **Beschluss-Nr.: 331/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Mit sofortiger Wirkung stellt die Gemeindevertretung die außergewöhnliche Notlage ab sofort nach §50a BbgKVerf fest. Diese Feststellung wird bis zum 30.04.2022 festgesetzt und kann durch extra Beschlüsse vorab aufgehoben bzw. verlängert werden.

Die Verwaltung wird aufgefordert die technischen Voraussetzungen bis zum 1. Februar 2022 so zu schaffen, dass die zugeschalteten Mitglieder alle Redebeiträge verstehen und auch von allen präsent anwesenden Teilnehmern verstanden werden.

Für die technischen Voraussetzungen auf der Teilnehmerseite, die zugeschaltet werden, ist jeder Teilnehmer selbst verantwortlich. Für nicht öffentliche Tagesordnungspunkte müssen die zugeschalteten Teilnehmer versichern, allein anwesend teilzunehmen.

Der Teilnahmewunsch der Mitglieder sollte in der Regel so früh wie möglich jedoch mindestens einen Tag vor der Sitzung per Mail an den Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung und das Sekretariat der Verwaltung gestellt werden. Tischvorlagen, Präsentationen sowie alle anderen Unterlagen für die jeweilige Sitzung, die zuvor nicht in den Unterlagen der jeweiligen Sitzung enthalten waren, werden spätestens 3 Stunden vor Sitzung an die Mitglieder per Mail verschickt, die nicht präsent vor Ort teilnehmen können. Dieser Beschluss findet Anwendung für die Sitzungen der Gemeindevertretung, alle Fachausschüsse sowie Ortsbeiräte.

Außerdem erfolgt die unverzügliche Anzeige dieses Beschlusses bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow Fläming.

Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

**Zu 8. BSV 137/30/2022 - Vertretung des OB Kummersdorf-Gut durch die Gemeindevertretung**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man sich zu diesem Sachverhalt bereits mehrfach verständigt habe. Die Vertretung des Ortsbeirates Kummersdorf-Gut durch die Gemeindevertretung ist hier nur nochmal durch einen Beschluss der Gemeindevertretung zu bestätigen.

**Beschluss-Nr.: 332/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Gemeindevertretung übernimmt bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2024 die Funktion sowie die Aufgaben des aufgelösten Ortsbeirates vom Ortsteil Kummersdorf-Gut.

Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

**Zu 9. BSV 138/30/2022 - Bebauungsplan Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ der Gemeinde Am Mellensee, Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass ein Einwohner aus Rehagen in der Einwohnerfragestunde bereits die Nichteinhaltung der Beratungsreihenfolge kritisiert hat und die Beschlussvorlage in dieser Form nicht im Bauausschuss vorlag und behandelt wurde.

Die Vorsitzende des Bauausschusses erklärt, dass diese Aussage so weit korrekt ist, man jedoch im Bauausschuss über diesen Sachverhalt beraten und dem Aufstellungsbeschluss zustimmt habe, um die Zeit bis zur Umsetzung zu verkürzen.

Der Ortsvorsteher von Rehagen erklärt, dass der Ortsbeirat Rehagen in seiner Dezembersitzung des vergangenen Jahres unter dem TOP Sonstiges entgegen der Aussage des Einwohners über dieses Projekt gesprochen habe. Man habe sich diesbezüglich einstimmig dafür bekannt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beantragt das Rederecht für die geladenen Gäste Herrn Genssler (Münchner Solarkraftwerk und Verwaltungs GmbH) sowie Frau Krykwa (Agrargesellschaft mbH Sperenberg) zu TOP 09.

**Beschluss-Nr.: 333/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt das Rederecht für die anwesenden geladenen Gäste Herr Genssler und sowie Frau Krykwa zum TOP 09.



Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

angenommen

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass er diese Beschlussvorlage bzgl. der Einhaltung der Beratungsreihenfolge sowie der inhaltlichen Informationen ebenfalls kritisch betrachte. Er hat bzgl. der angegebenen Bodengüte noch Fragen, da seiner Meinung nach nicht alle Bodenkpunkte auf dieser Agrarfläche unter 30 liegen. Laut Geoportal Brandenburg Teltow-Fläming liegen die Bodenwerte teilweise zwischen 30 und 50. Diese Angaben sollten demzufolge auch korrekt in der Begründung der Beschlussvorlage stehen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung übergibt das Wort an den Gast Herrn Genssler, um dazu zu diesem Sachverhalt zu antworten.

Der Projektant erklärt, dass die Bodenkpunkte öffentlich einsehbar sind. Über die gesamte Fläche gerechnet liegen sie im Schnitt unter 30. Im Randbereich liegen die Werte zwar teilweise etwas höher, jedoch habe die größte bewirtschaftbare Fläche einen durchschnittlichen Wert von unter 30. Dies gilt als benachteiligte Fläche. Man müsste sehr stark düngen, um einen vernünftigen Ertrag zu bekommen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass er auf vorab gestellte Rückfragen zu den vorliegenden Beschlussvorlagen an den Bürgermeister gerne zeitnah eine Antwort erhalten möchte.

Der Bürgermeister erklärt, dass er die eingereichten Rückfragen zu der Beschlussvorlage an den Teamleiter der Bauverwaltung weitergegeben und dieser die Fragen vorab telefonisch mit dem Einreicher besprochen habe. Außerdem stehen der Projektant sowie der Flächeneigentümer für solche Rückfragen in dieser Sitzung zur Verfügung. In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister nochmal auf die Arbeitsmenge in den vergangenen Wochen aufgrund des Personalausfalles hin.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt den Teamleiter der Bauverwaltung, ob ein Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan auf einer ausgewiesenen landwirtschaftlichen Fläche überhaupt rechtlich möglich sei. Des Weiteren merkt er an, dass die Umsetzung des Solarparks seiner Meinung nach etwas überstürzt werde. Aus touristischer Sicht gebe in der Gemeinde sicherlich besser geeignete Gebiete für einen Solarpark, die nicht so sehr einsehbar sind. Es spreche grundsätzlich nichts gegen erneuerbare Energien. Er sehe jedoch noch reichlich potential auf vorhandenen Gebäuden oder anderen versiegelten Flächen. Man sollte deshalb nicht unbedingt vorhandene Ackerflächen konzeptionslos mit Photovoltaik-Anlagen vollstellen und sich bzgl. der alternativen Möglichkeiten nochmal Gedanken machen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass es rechtlich möglich sei einen B-Plan auf eine landwirtschaftliche Fläche zu legen. Es handle sich dabei um eine B-Planverfahren mit Umweltprüfung. Der Flächennutzungsplan werde dementsprechend in diesem Jahr angepasst, sofern die benötigten finanziellen Mittel zur notwendigen und grundsätzlichen Überarbeitung des Flächennutzungsplanes durch die Gemeindevertretung im neuen Haushalt genehmigt bzw. bereitgestellt werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass für die Evaluierung bzw. die Neuerstellung von Flächennutzungsplänen vom Land Fördermittel bereitgestellt werden. Um diese Fördermittel nutzen zu können, sei es erforderlich, dass man in den nächsten zwei Jahren mit der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes beginne und diesen bis zum Jahr 2026 zur weltweiten Einsicht fertigstelle.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bittet darum, dass die Gemeindevertretung den Auftrag an den Bauausschuss erteilt, sich mit der Evaluierung von potenziellen Flächen für die Bereitstellung erneuerbarer Energien zu befassen, da man ihres Wissens nach dazu verpflichtet sei, mind. 2% der Gesamtfläche dafür zur Verfügung zu stellen. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes unter Beteiligung der Ortsbeiräte wurde bereits in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 06.12.2021 thematisiert.

Der Bürgermeister bittet darum, dass dem Eigentümer der Agrargesellschaft mbH Sperenberg nochmal die Möglichkeit gegeben wird, zu dieser ganzen Thematik bzw. bzgl. der geplanten Umwandlung der Agrarfläche in einen Solarpark persönlich Stellung zu nehmen.

Die anwesende Geschäftsführerin der Agrargenossenschaft mbH Sperenberg erhält das Wort und erklärt, dass der Gründer der ehemaligen LPG, Herr Linde, sich nun mit 83 Jahren im 62.

Dienstjahr befindet. Er habe große Zweifel gehabt, als er sich ein ganzes Jahr mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe. Eigentlich sei das Land für die Erwirtschaftung von Nahrung da. Dennoch habe man über die letzten Jahre aufgrund schlechter Bodenwerte deutliche Verluste eingefahren. Alle Bemühungen blieben aufgrund der sehr schlechten klimatischen Bedingungen (ausbleibender Regen) in den letzten Jahren erfolglos. Aus diesem Grund sei die Idee gewachsen, diese unwirtschaftlichen Flächen für erneuerbare Energien zu nutzen. Man habe deshalb das Solarpark-Unternehmen kontaktiert.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ergänzt, dass die Agrarfläche, welche im Industriegebiet liegt, trotz regelmäßiger Düngung einen schlechten Bodenwert habe. Außerdem entfalle nun auch die EU-Förderung, welche als Ausgleich für die schlechten Erträge gezahlt wurde. Dafür werden nun erneuerbare Energien in Form von Solarparks auf solchen Flächen gefördert.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass trotz der geschilderten Probleme kein voreiliger Beschluss gefasst werden sollte. Der Aufstellungsbeschluss hätte im gewissen Rahmen schon eine rechtliche Bindung. Er würde sich auch als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses dafür einsetzen, dass der Flächennutzungsplan in diesem Jahr vollständig überarbeitet wird. In diesem Zusammenhang können man dann alternative Flächen, wie z.B. die alte Müllhalde in Klausdorf für einen Solarpark finden. Sollte jedoch jetzt schon ein Aufstellungsbeschluss beschlossen werden, lege man sich im gewissen Rahmen in der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes fest. Möglicherweise könnte man diese landwirtschaftliche Fläche auch bewalden. Die Überprüfung solcher Aspekte sei aber nicht Aufgabe der Gemeindevertretung. Die Aufgabe der Gemeindevertreter sei es, diesbezüglich eine geordnete Planung über den Flächennutzungsplan vorzulegen.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler fragt nochmal nach, ob der Flächennutzungsplan in diesem Zusammenhang für das gesamte Gemeindegebiet überarbeitet werde. Des Weiteren stellt er die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, eine vollständige Vorplanung bzgl. der Errichtung von Solaranlagen durchzuführen, bevor man solche Verfahren angehe. Möglicherweise könnte es später zu viel solcher Solarparkflächen geben.

Der Vorsitzende bestätigt nochmal, dass der Flächennutzungsplan im Jahr 2022 generell für das gesamte Gemeindegebiet überarbeitet werden soll. Um die zweite Frage bzgl. der Vorplanung zu beantworten, übergibt er das Wort an den Bürgermeister.

Der Bürgermeister erklärt, dass es nie zu viel solcher Flächen mit erneuerbaren Energien geben werde. Der aktuelle Energiebedarf sei selbst bei dem gegenwärtigen hohen Ausbautempo nicht zu erreichen. Die Bereitstellung der benötigten Flächen stelle in diesem Zusammenhang jedoch ein großes Problem dar.

Der Teamleiter der Bauverwaltung ergänzt, dass diese gewisse Vorplanung für das Gemeindegebiet im Flächennutzungsplan bei der Betrachtung von regenerativen Energien berücksichtigt werden könne. Es sei aus seiner Sicht jedoch nicht unbedingt notwendig, da auch ohne vorherige Überplanung im Flächennutzungsplan eine Fläche als Solarpark ausgewiesen werden könne. Weitere Regelungen dazu werden dann im Verfahren getroffen.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass der Bauausschuss in seiner letzten Sitzung mehrere Solar-Unternehmen vor Ort eingeladen hatte. Ein anderes Unternehmen habe unabhängig von dem hier anwesenden Unternehmen drei potentielle Solarflächen auf Ackerböden mit schlechten Bodenwerten vorgestellt, wovon eine ebenfalls diese landwirtschaftliche Fläche der Agrargesellschaft Sperenberg war. Die zwei weiteren Flächen befinden sich im Ortsteil Saalow und Kummersdorf-Alexanderdorf. Die Anzahl der möglichen Flächen aufgrund schlechter Bodenwerte in der Gemeinde sei sehr gering.

Da es keine weiteren Fragen dazu mehr gibt, bringt der Vorsitzende der Gemeindevertretung diese Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss-Nr.: 334/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

1. die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ der Gemeinde Am Mellensee, nördlich des Ortsteils Sperenberg.

2. Das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ befindet sich in der Gemarkung Rehagen, Flur 3, diverse zusammenhängende Flurstücke und umfasst einen Geltungsbereich von Brutto ca. 56 ha. Die Abgrenzung des Plangebietes ist in Abbildung 1 dargestellt.
3. Innerhalb der Grenzen des Bebauungsplanes soll ein „Sonstiges Sondergebiet SO-Photovoltaik“ gem. § 11 Abs. 2 BauNVO ausgewiesen werden. Ziel dieser Festsetzung ist es, die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (PV-FFA) mit einer Gesamtleistung von ca. 60 Megawatt Peak einschließlich erforderlicher Nebenanlagen und Erschließungswege sowie ggf. Strom-Speicherkapazitäten zu ermöglichen und zu sichern.
4. Der Bebauungsplan Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ wird als qualifizierter Bebauungsplan gem. § 30 Abs. 1 BauGB mit einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
5. Die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgt im zweistufigen Beteiligungsverfahren mit der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB und mit der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 2 BauGB sowie der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB.
6. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sollen durchgeführt werden.
7. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
8. Die Kosten der Aufstellung des vorgenannten Bebauungsplanes übernimmt der Vorhabenträger (M-Solkraftwerk 8 GmbH & Co. KG) unabhängig von der Realisierung des Vorhabens.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bittet anschließend nochmal darum, dass die aufgezeigten Mängel bzgl. der Bearbeitungsreihenfolge dieser Beschlussvorlage mit ins Protokoll aufgenommen werden, da die vorliegende Beschlussvorlage in der Form erst nachträglich erstellt und demzufolge nicht im Bauausschuss sowie im Ortsbeirat behandelt wurde.

Ein Mitglied der Fraktion UWG ergänzt, dass es sich in diesem Fall um einen erheblichen Formfehler handle.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass dieser Mangel kritisch bemerkt wurde jedoch keine Auswirkung auf den Beschluss als solches habe, da mehrheitlich dafür gestimmt wurde. Des Weiteren wurde diese Thematik im Bauausschuss sowie Ortsbeirat besprochen.

**Zu 10. BSV 139/30/2022 - Bebauungsplan Nr. 21-03 „Mellenseestraße“ im OT Saalow, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur öffentlichen Auslegung**

Die Vorsitzende des Bauausschusses erklärt, dass dieser in enger Abstimmung mit dem Ortsbeirat Saalow der vorliegenden Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt hat.

Der Vorsitzende des Ortsbeirates Saalow erklärt, dass dieser der Beschlussvorlage nach vorheriger Aufnahme einiger wichtiger Verbesserungsvorschläge ebenfalls zugestimmt hat.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verabschiedet zwischenzeitlich die geladenen Gäste zum vorherigen Tagesordnungspunkt und bedankt sich für die Teilnahme.

Ein Mitglied der Fraktion UWG hat Anfragen zum Textteil B der Beschlussvorlage. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus solle man darauf achten, dass beim Beschluss von Planstraßen auch Nebenanlagen wie z.B. Grünflächen oder Mulden vorab berücksichtigt werden. In diesem B-Plan sind noch keine Gehwege eingezeichnet. Spätestens im städtebaulichen Vertrag müsse man hier jedoch noch über einen Gehweg sprechen, was im städtebaulichen Vertrag des Ortsteils Rehagen leider fehlt, obwohl dies noch in der Begründung gestanden hat. Nachträglich habe man da keine Handhabe mehr. Dies soll über den Bauausschuss nochmal

geklärt werden. Weiterhin fehle ihm in der Beschlussvorlage komplett die Thematik Baumpflanzungen. Diesbezüglich möchte er wissen, warum dies hier nicht berücksichtigt wurde.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Gehwege innerhalb der Verkehrsfläche liegen und im städtebaulichen Vertrag bzw. Erschließungsvertrag präzisiert werden können. Man könne darin festhalten, dass die Straße begleitet von einem Gehweg zu erstellen ist. In diesem Zusammenhang müsse man darauf achten, dass die Verkehrsfläche in geeigneter Breite ausgewiesen wird. In einem weiteren Entwurf des B-Planes könne es dazu kommen, dass die Breite der Verkehrsfläche je nach Einwänden (z.B. des Ortsbeirates) noch vergrößert werde. Er bestätigt, dass bisher noch keine Bäume im Entwurf aufgeführt wurden. Dies werde jedoch noch geändert, nachdem man im Bauausschuss darüber im Detail beraten habe.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler fragt nach, warum nach § 13 Abs. 3 BauGB keine Umweltprüfung erfolge.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass dies so im BauGB stehe. Da der Flächennutzungsplan die Fläche als Rohbaufläche bereits ausweist, handle es sich um einen B-Plan nach § 13b BauGB. In diesem Fall brauche keine erneute Umweltprüfung erfolgen, da während des Verfahrens zum Flächennutzungsplan diese Umweltprüfung bereits erfolge.

### **Beschluss-Nr.: 335/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 21-03 „Mellenseestraße“ im OT Saalow der Gemeinde Am Mellensee in der Fassung vom 08.11.2021, bestehend aus:

- der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie
- der dazugehörigen Begründung

wird gebilligt und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) bestimmt.

Gleichzeitig mit der öffentlichen Auslegung werden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sowie von den berührten Nachbargemeinden deren Stellungnahmen zum Planentwurf eingeholt.

In der ortsüblichen Bekanntmachung zur Beteiligung der Öffentlichkeit ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.

#### Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

### **Zu 12. Antrag auf BSV - Änderung der Hauptsatzung - Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung**

Ein Einreicher des Antrages (Mitglied der Fraktion UWG) erklärt, dass zurzeit die Regelung der Wertgrenzen bzgl. der Geschäfte der laufenden Verwaltung in jeglicher Hinsicht fehlt. Die brandenburgische Kommunalverfassung sehe dies allerdings vor. Der Antrag solle zunächst als Diskussionsgrundlage in den Ausschüssen dienen mit der Zielsetzung, dass diese Wertgrenzen in naher Zukunft mit den entsprechenden Abgrenzungen der Zuständigkeiten in der Hauptsatzung fixiert werden. Der Antrag solle zunächst in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schlägt vor, dass der Antrag in dieser Form zu Beratung in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie in den Hauptausschuss gegeben wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass bei einer Änderung der Hauptsatzung alle Ausschüsse beteiligt werden müssen.

**Beschluss-Nr.: 336/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, den unter TOP 12 vorliegenden Antrag zur Änderung der Hauptsatzung bzgl. der Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung zunächst zur Beratung in alle Ausschüsse zu verweisen.

Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

angenommen

**Zu 13. Antrag auf BSV - Kostenermittlung Klageverfahren zur Wertgrenzenermittlung bei der Vergabe der Grünflächenpflege auf den Friedhöfen 2021 als Geschäft der laufenden Verwaltung**

Ein Einreicher des Antrages (Mitglied der Fraktion UWG) erklärt, dass der eingereichte Antrag auf Beschlussvorlage nochmal inhaltlich überarbeitet bzw. nachgebessert wurde, da es kein aktives Klageverfahren gibt. Die Einreicher des Antrages sind der Meinung, dass die Vergabe der Grünflächenpflege auf den Friedhöfen im Jahr 2021 nicht korrekt abgelaufen sei. Die untere sowie die obere Kommunalaufsichtsbehörde können zu den Wertgrenzen bzgl. der Geschäfte der laufenden Verwaltung keine Angaben machen, haben jedoch darauf verwiesen, dass der Hauptverwaltungsbeamte diese einzelfallbezogen anhand der einschlägigen Rechtsprechung auszulegen hat. Dies erfolgte jedoch trotz mehrfacher Nachfragen nicht. Die Kommunalverfassung sehe nun vor, diesbezüglich ein Überprüfungsverfahren beim Verwaltungsgericht einzuleiten. Die Verwaltung möge nun vorab die Kosten sowie die derzeitigen Verfahrenslaufzeiten für ein normales Verfahren sowie ein Eilverfahren beim Verwaltungsgericht vorermitteln.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verweist nochmal auf den geänderten Antrag der Einreicher.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man als Gemeindevertretung den Beschluss fassen könnte, dass dieses Vergabeverfahren nicht zum Geschäft der laufenden Verwaltung gehöre. Dies hätte allerdings zur Folge, dass die alten Bedingungen vor der Vergabe wieder hergestellt werden und der neu geschlossene Vertrag rechtlich unwirksam wäre. Allerdings würde der Gemeinde dadurch ein finanzieller Schaden entstehen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bittet Mitglieder entsprechend des Antrages um namentliche Abstimmung.

**Beschluss-Nr.: 337/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung ermittelt die Kosten für ein Überprüfungsverfahren beim zuständigen Verwaltungsgericht zur Vergabe der Grünflächenpflege der Friedhöfe im Jahr 2021. Die zu klärende Frage ist, ob die Vergabe 2021 als Geschäft der laufenden Verwaltung richtig interpretiert wurde und ohne Beteiligung des Hauptausschusses bzw. Gemeindevertretung rechtens war.

Die Kostenermittlung sollte inkl. Abfrage der derzeitigen Verfahrenslaufzeiten für ein:

a) Normales Verfahren

b) Eilverfahren

abgefragt bzw. ermittelt werden.

Das Ergebnis ist der Gemeindevertretung in der Februarsitzung inkl. aller dazu eingegangenen Unterlagen vorzulegen, um danach das weitere Vorgehen zu erörtern.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Enthaltungen

angenommen

Ja-Stimmen: T. Kosicki, A. Schuster, W. Borkowski, T. Boss, M. Tscherwinka, T. Janke,  
J. Kruppa, B. Daske, I. Koch, M. Hänsel, D. Pehnert, D. Schulze  
Nein-Stimmen: F. Broshog, U. Wildenhein, A. Thiele  
Enthaltungen: D. Porath

#### **Zu 14. Antrag auf BSV - Einwohnerumfrage zu zusätzlichen Haltepunkten für den Rufbus in der Gemeinde Am Mellensee, Zossen und Trebbin**

Der Einreicher des Antrages (Mitglied der Fraktion UWG) erklärt, dass der Rufbus voraussichtlich zum April 2022 eingeführt werden soll und dieser zunächst nur auf den festgelegten Buslinien halten kann. Es bestehe nun die Möglichkeit weitere Haltepunkte (Hotspots), wie z.B. Einkaufsmärkte oder Ärzte hinzuzufügen, die zusätzlich zu den bekannten Haltestellen angefahren werden können. Die Ermittlung dieser möglichen Haltepunkte soll über eine vorbereitete Einwohnerumfrage umgesetzt werden, bei der sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen und Ihre Wünsche äußern können. Die Umfrage werde ab dem 19.02.2022 online gestellt. Eine Offline-Umfrage solle in der Verwaltung bzw. über das kommende Amtsblatt Ende Januar erfolgen. Zur Februarsitzung der Gemeindevertretung wird dann eine Auswertung der Umfrageergebnisse erfolgen, so dass man sich dann auf die zusätzlichen Haltepunkte festlegen könne.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Entscheidung der Gemeindevertretung aufgrund der kurzfristig bereitgestellten Umfrageergebnisse nicht getroffen werden könne, da die Umfrage bis zum 14.02. läuft und einen Tag später bereits die Sitzung stattfindet. Man habe nicht genügend Zeit, um sich damit genauer zu befassen.

Der Einreicher antwortet, dass für die Verwaltung kein großer Aufwand entstehe, da er sich um die Auswertung der Umfrageergebnisse selbst bemüht.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bestätigt, dass der Termin zur Auswertung in der nächsten Sitzung relativ knapp sei, da man die Einwohnerumfrage erst mit dem Amtsblatt Ende Januar erscheint. Somit hätten die Einwohner bei der Offline-Umfrage nur zwei Wochen Zeit, um daran teilzunehmen. Sie schlägt vor, die vorgegebenen Termine jeweils um 14 Tage nach hinten zu verschieben, so dass die Auswertung dann erst in der Sitzung im März erfolgen könne. Des Weiteren solle die Veröffentlichung im Amtsblatt im Beschlussvorschlag ergänzt werden. Außerdem sollen die Ortsbeiräte die Einwohnerumfrage zusätzlich bei sich auslegen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verweist darauf, dass die Ortsbeiräte keine Räumlichkeiten dafür haben.

Der Einreicher des Antrages erklärt, dass der VTF bzgl. der Planung des Rufbusses auf eine zeitnahe Rückmeldung der Gemeindevertretung warte und man dies deshalb nicht weiter nach hinten verschieben könne, da man sich auf die Rückmeldung verlasse.

Es findet eine weitere, teilweise lautstarke Diskussion zwischen einigen Gemeindevertretern bzgl. der Veröffentlichung der Einwohnerumfrage im Amtsblatt sowie der anschließenden Auswertung statt.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt abschließend, dass die Einhaltung der vorgegebenen Terminkette dringend einzuhalten ist, da der VTF das Ergebnis dieser Umfrage als Grundlage für die zukünftige Planung des Rufbusses nimmt.

#### **Beschluss-Nr.: 338/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung veröffentlicht den Link sowie die Redaktion zur Onlineumfrage für zusätzliche Haltepunkte für den Rufbus in der Gemeinde am Mellensee, Zossen und Trebbin ab dem 19.01.2022 auf der Startseite der Internetseite der Gemeinde Am Mellensee.

Zusätzlich wird für die Einwohner der Gemeinde in der Verwaltung die Möglichkeit geschaffen an der Umfrage offline teilzunehmen.

Außerdem erfolgt eine Abfrage bei den Ortsbeiräten, Seniorenbeirat, Schülersprechern, Kinder- & Jugendbeauftragten und Jugendclubs.

Laufzeit der Umfrage 19.01. bis 14.02.2022.

Die Gemeindevertretung entscheidet in Ihrer folgenden Sitzung am 15.02.2022 darüber, welche Wünsche zu zusätzlichen Haltepunkten für den Rufbus an den VTF weitergegeben werden.

Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

angenommen

**Zu 15. Diskussion zur Überarbeitung/Aktualisierung der Satzungen der Gemeinde Am Mellensee**

Der Bürgermeister erklärt, dass mit der vorliegenden Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt der Vorschlag der Verwaltung zur Überarbeitung bzw. Aktualisierung der Satzungen der Gemeinde Am Mellensee vorliegt. Anhand der farblichen Markierungen kann man die Dringlichkeit zur Überarbeitung der jeweiligen Satzungen erkennen. Die Verwaltung erbittet nun die Zustimmung der Gemeindevertretung zu dem weiteren Verfahren.

Ein Mitglied der Fraktion UWG bedankt sich für die Zuarbeit der Verwaltung. Das Einzige, was jedoch in dieser Übersicht fehlt, seien die jeweiligen Fristen zur Überarbeitung der Satzungen. Er hoffe, dass die Überarbeitung der Satzungen nun zeitnah geschehe.

Die Gemeindevertreterin Frau Schulze verlässt die Online-Konferenz um 21:07 Uhr.  
Es sind nun 15 Gemeindevertreter anwesend.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bittet der Vorsitzende der Gemeindevertretung um Abstimmung.

**Beschluss-Nr.: 339/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die zum TOP 15 von der Verwaltung erarbeiteten Prioritätenliste zur Überarbeitung bzw. Aktualisierung von den Satzungen der Gemeinde Am Mellensee.

Abstimmungsverhältnis:

15 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

angenommen

**Zu 16. Information zur Petition (Kindertagesstätte "Kleine Füchse") - Einrichtung 30er Zone/ Geschwindigkeitsreduzierung L70 im Bereich Lüdersdorfer Straße und Parkstraße im Ortsteil Kummersdorf-Alexanderdorf der Gemeinde Am Mellensee**

Die Gemeindevertreterin Frau Schulze betritt die Online-Konferenz um 21:11 Uhr.  
Es sind nun 16 Gemeindevertreter anwesend.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass die Unterlagen zu dieser Petition vollständig vorliegen. Unter anderem liegen auch die bisherige zeitliche Abfolge bzgl. dieser Thematik aus der Bauverwaltung sowie der Ablehnungsbescheid des Landkreises vor.

Nun wurde dieser Antrag auf Errichtung einer Tempo-30-Zone bzw. einer Geschwindigkeitsbegrenzung erneut als Petition eingereicht. Von der Zuständigkeit her sollte dieser Antrag zunächst in den Bauausschuss gegeben werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass dieser Antrag schon einmal vorlag und man dem Antrag bereits zugestimmt hatte.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man jedoch auf den ersten Antrag eine Ablehnung vom Landkreis erhalten hat und man es nun erneut über eine Petition versuchen möchte.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man als Verwaltung nachweislich alle rechtlichen Mittel ausgereizt habe und es seitens der Verwaltung nun keine weitere Möglichkeit mehr gebe, den Antrag umzusetzen. Der Antrag auf Errichtung einer Tempo-30-Zone bzw. einer Geschwindigkeitsbegrenzung wurde seitens des Landkreises abgelehnt. Evtl. könne man es noch über andere politische Gremien, wie z.B. Kreistag probieren.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man sich aufgrund einer Eingabe einer Anwohnerin vom 02.12.2020 mit der Thematik beschäftigt habe. Dies sei auch an alle Fraktionen im Kreistag gegangen und man habe auch im Kreistag selbst darüber debattiert. Trotz Befürwortung im Kreistag sei es zu einer Ablehnung gekommen, da die rechtlichen Gegebenheiten es nicht hergeben. Man möchte über diese Thematik nun nicht jedes Jahr neu beraten.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass sich die Sachlage seit dem damaligen Antrag geändert habe. Es gehe nun um eine andere Straße. Des Weiteren wurde bisher nicht erwähnt, dass es an dieser Straße eine Kindertagespflege gibt. Dies sei ein neuer Fakt und demzufolge möge über den vorliegenden Antrag bzw. die eingereichte Petition erneut beraten bzw. entschieden werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass an dieser Stelle keine Tempo-30-Zone errichtet werden könne, da es sich nur um einen Straßenverlauf handle. Es könne demzufolge nur eine Geschwindigkeitsreduzierung beantragt werden. Er erwähnt erneut, dass seitens der Verwaltung alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft seien. Die vorliegende Rechtslage gebe es leider nicht her. Man könne jedoch nun noch alle nichtrechtlichen Wege versuchen, um das verfolgte Ziel zu erreichen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bittet die Verwaltung darum, eine Übersicht der aufgeführten Mängel, wie z.B. die Beleuchtung zu erarbeiten, aus welcher hervorgeht, wann die Mängel angezeigt wurden bzw. was bisher zur Beseitigung der Mängel unternommen wurde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erläutert nochmal die Möglichkeiten, wie man nun mit dieser vorliegenden Petition umgehen könne. Aufgrund der geänderten Sachlage bzgl. der vorhandenen Kindertagespflege könne man im Ausschuss nochmal abwägen, ob es Sinn macht, den Antrag erneut bei der Kreisverwaltung zur Prüfung einzureichen oder man erteilt den Petenten aufgrund der bisherigen Antragstellungen sowie der Ablehnung durch den Landkreis gleich eine Absage, da ein erneuter Antrag nicht erfolgsversprechend sei.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man evtl. nur ein Teilstück der Straße in der Nähe der Kindertagespflege begrenzen könne.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schlägt vor, dass dieser Antrag zur Beratung erneut in den Bauausschuss verwiesen wird und bittet dementsprechend um Abstimmung.

### **Beschluss-Nr.: 340/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, dass die Thematik zum TOP 16 bzgl. der per vorliegender Petition geforderten Geschwindigkeitsbegrenzung in der Nähe der ortsansässigen Tagesmutter im Ortsteil Kummersdorf-Alexanderdorf zunächst zur Beratung in den Bauausschuss verwiesen wird.

#### Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

### **Zu 17. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verweist zunächst auf die offene Anfrage eines Gemeindevertreters aus der Fraktion SPD von November 2021.

Ein Mitglied der Fraktion SPD stellt folgende Fragen bzw. Punkte an:

1. Gerät zur Beseitigung der Eichenprozessionsspinner in der FFW Sperenberg  
⇒ alternativer Lagerort oder evtl. veräußern, da kaum genutzt
2. Bepflanzung der Grünfläche vor der ehemaligen Drogerie gegenüber dem Rewe-Markt
3. Sachstand zur Elektrosäule im Ortsteil Fernneuendorf
4. Aufruf im Amtsblatt bzgl. der Bereitstellung von Ausgleichsflächen zur Bepflanzung

Der Bürgermeister erklärt zur ersten Frage, dass die laufenden Kosten für das Gerät im dreistelligen Bereich liegen. Der eigenständige Einsatz dieses Gerätes bei einem möglichen Befall mit



Eichenprozessionsspinnern sei deutlich kostengünstiger als ein externes Unternehmen. Deshalb mache es Sinn, das Gerät zu behalten.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stellt den Antrag auf Verlängerung der Sitzungsdauer um 30 Minuten.

### **Beschluss-Nr.: 341/30/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Verlängerung der Sitzungsdauer um weitere 30 Minuten.

#### Abstimmungsverhältnis:

16 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu den anderen Anfragen nimmt der Teamleiter der Bauverwaltung kurz Stellung. Eine Bepflanzung der Grünfläche vor der ehemaligen Drogerie in Sperenberg sei aufgrund der darunter verlaufenden Medienträger nicht möglich. Die geforderte Elektrosäule in Fernneuendorf sei seit mehreren Jahren Thema und wurde auch schon in den Ausschüssen thematisiert. Im Haushalt standen bisher keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Möglicherweise könne das im neuen Haushalt 2022 berücksichtigt werden. Da die Verwaltung selbst Ausgleichsflächen zur Waldumwandlung suche, sei ein Aufruf zur Bereitstellung von Ausgleichsflächen aus seiner Sicht sinnvoll.

Ein Mitglieder Fraktion CDU möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand zur weiteren Verschattung der Grundschule ist.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Submission bzgl. des Gerüstbaus, der Fugensanierung sowie der Verschattung am 20.01.2022 durchgeführt wird. Für den Gerüstbau sowie die Verschattung liegen diverse Angebote in der Verwaltung vor. Man werde entsprechende Vergabevorschläge in den nächsten Hauptausschuss am 07.02.2022 einbringen, so dass voraussichtlich im April mit der Ausführung begonnen und die Thematik noch vor dem Sommer abgeschlossen werden könne.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler möchte wissen, ob die Jagdgenossenschaft Mellensee noch von der Gemeinde zwangsverwaltet wird bzw. was mit der Jagdkasse passiert.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass die Jagdgenossenschaften aufgrund der langfristig bestehenden Corona-Einschränkungen nicht tagen und somit auch keine fristgemäßen Neuwahlen stattfinden konnten. Es gebe jedoch keine Zwangsverwaltung, sondern nur einen Notvorstand. Dieser Notvorstand ist der Bürgermeister. Er habe in diesem Zusammenhang die Vorstände der Jagdgenossenschaften per Schreiben informiert, dass sie weiterhin eingesetzt und somit weiterhin zuständig sind. Die ausstehenden Neuwahlen erfolgen voraussichtlich im Laufe dieses Jahres. Bis dahin bleiben die bisherigen Vorstände weiterhin kommissarisch im Amt. Die Jagdkasse wird demzufolge weiterhin durch die Jagdgenossenschaften verwaltet.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass in der Dezembersitzung vereinbart wurde, dass die Unterlagen für die Personalbedarfsplanung bis zum 15.01.2022 für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss durch die Verwaltung bereitgestellt werden sollen. Nach Rücksprache mit dem Sitzungsdienst solle dies spätestens 14 Tage vor dem FW-Ausschuss erfolgen. Sie äußert nun die Bitte an die Mitglieder der Gemeindevertretung, dass man aufgrund der Menge auf eine Zusendung der Unterlagen in Papierform verzichte. Acht Mitglieder erhalten die Unterlagen immer noch regelmäßig in Papierform. Dies koste unnötig Zeit und verursache auch zusätzliche Kosten. Hierzu könne eine kurze Information an den Sitzungsdienst erfolgen.

Des Weiteren spricht sie das durch die Gemeindevertretung beschlossene Weltfriedensfest an. Das Organisationsteam besteht laut Beschluss aus Mitgliedern der Gemeindevertretung. Bis zur nächsten Sitzung im Februar soll sich jede Fraktion Gedanken bzgl. der Vertreter für das Organisationsteam machen, da man langsam mit der Planung beginnen sollte. Dieser Punkt möge auch auf die Tagesordnung genommen werden.

Weiterhin spricht sie die Grundsteuerbescheide an, welche in den letzten Tagen per Post eingegangen sind. Diese sind durch den Zweckverband Westphalen-Lippe versandt worden. Daher stellt sie die Frage, welche Aufgaben durch diesen Zweckverband wahrgenommen wurden und auf welcher vertraglichen Grundlage dies passiere. Die Gemeindevertretung wurde darüber nicht im Vorfeld informiert. Sie habe des Weiteren auch nicht dafür unterschrieben, dass Ihre Daten an Dritte weitergegeben werden dürfen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass dies schon seit mehreren Jahren in der Verwaltung so praktiziert wird und dies ein Ableger von dem IT-Dienstleister GKD sei. Der Briefumschlag ist aktuell nur anders bedruckt.

Die Teamleiterin der Kämmerei bestätigt, dass der Druck sowie der Versand der Bescheide seit mehreren Jahren durch die GKD vorgenommen wird. Man erreiche dadurch eine enorme Kosten- sowie Zeitersparnis für die Verwaltung. Aufgrund der Umfirmierung der GKD in OWL-IT schaue der Briefumschlag nur anders aus.

## **Zu 18. Sonstiges**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung informiert darüber, dass der Bürgermeister vorab eine Stellungnahme der Verwaltung bzgl. der mobilen UVC-Luftfilteranlagen rumgeschickt hat, die alle Mitglieder der Gemeindevertretung nochmal zur Kenntnis nehmen sollen. Man solle nochmal darüber diskutieren, wie mit der Thematik nun weiter verfahren werden soll. Unter anderen wurden in der Ausführung die möglichen Gefahren, die von diesen Geräten ausgehen können, angesprochen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Verwaltung beauftragt wurde, verschiedene UVC-Luftreiniger zu analysieren. Dabei wurden mehrere Fabrikate technisch sowie preislich gegenübergestellt. Als Favorit gingen die Mustergeräte aus der vergangenen Sondersitzung im Dezember hervor. Diese seien aktuell bestellbar und auch zeitnah verfügbar ist. Man habe jedoch den Hinweis erhalten, dass die UVC-Luftreinigungsgeräte einen Sabotage-Alarm bzw. eine Sabotage-Abschaltung besitzen sollten, für den Fall, dass die Geräte unsachgemäß gehandhabt bzw. durch Kraft- bzw. Gewaltanwendung geöffnet bzw. beschädigt werden und die Kinder somit der direkten UV-Strahlung ausgesetzt wären. Die UVC-Luftfilter haben solch eine Sabotage-Abschaltung jedoch nicht. Laut Aussage des Herstellers solle man die Geräte hoch genug anbringen, so dass die Kinder nicht rankommen. Außerdem lassen sich diese Geräte wohl auch nur mit einem Spezialwerkzeug öffnen. Er habe beim Einsatz solcher Geräte in den Schulen gewisse Bedenken, die er der Gemeindevertretung nochmal zur Kenntnis geben wollte. Auf Entscheidung der Gemeindevertretung werden diese Geräte dennoch für den beschlossenen Testlauf bestellt. Alternativ könne er anbieten, einen mobilen Luftfilter mit HEPA-Filter als Standgerät für einen Testlauf in den Schulen zu organisieren, damit man mal einen direkten Vergleich zu den UVC-Luftreinigern ziehen könne. Diesbezüglich bittet er um die Zustimmung der Gemeindevertretung, da er nicht eigenständig handeln möchte.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man das Öfteren in der Verwaltung darüber diskutiert habe. Im Zuge der Recherchen sei man auch auf Diskussionen mit einigen Eltern bzgl. der möglichen Strahlenbelastung gestoßen. In diesem Zusammenhang solle man im Vorfeld auch die Schulkonferenzen der Schulen darüber informieren und möglicherweise das Votum der Eltern dazu einholen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fragt nach, wie lange das angesprochene Testangebot zur Verfügung stehe, da einige Zeit vergehen wird, bis die Schulkonferenzen stattgefunden haben. Ein möglicher Probetrieb könne dann wohlmöglich erst Anfang März stattfinden.

Der Teamleiter der Bauverwaltung antwortet, dass der gewünschte Probetrieb mit den mobilen Luftfiltern ca. 14 Tage vorher angemeldet werden solle.

Der Gemeindevertreter Dirk Pehnert bittet um Aufnahme der folgenden Ausführung samt Namen ins Protokoll:

„Ich finde es untragbar, mit welcher Geschwindigkeit und Qualität unser Hauptverwaltungsbeamte Frank Broshog sich dem Thema Sicherheit für unsere Kinder in den Schulen widmet. Wir als Gemeindevertretung haben am 21.12. ausführlich über Für und Wider von verschiedenen

Luftreinigungsgeräten in unserer Sondersitzung beraten. Der Hauptverwaltungsbeamte war weder zu dieser Sitzung zugegen, noch hat er sich zeitnah nach dem Beschluss dazu geäußert. Nun bekommen wir 4 Wochen später seine Stellungnahme zu dem Thema die sich in großen Teilen der alten Stellungnahme ähnelt, die vor unserem Beschluss vorlag, obwohl der Beschluss „unverzüglich“ umzusetzen war. Dieser Arbeitsmoral kann ich nur entnehmen, dass es mit dem Infektionsrisiko gar nicht so schlimm sein kann und wir demzufolge die Verwaltung auch wieder für den Besucherverkehr öffnen können. (Sarkasmus Ende).

Dem Schreiben und der enthaltenen Erwähnung von Kosten liegen leider keine Unterlagen/Angebote bei, wie sich diese Kosten zusammensetzten. Mind. 3 Angebote über die Geräte und mind. 3 Angebote über die Elektroinstallation. Zu der Ausführung zu den HEPA Filtern fehlt ebenso die 3 Kostenangebote. Hier kann ich jedoch gerne nochmal meine Ausführungen aus der letzten Sitzung wiederholen. Diese HEPA-Filteranlagen müssen die Raumlauft 6-fach pro Stunde umwälzen, dadurch ist eine erhebliche Lüfterleistung gefordert, die eine Schallpegel von über 50 dbA bei 100% Leistung mit sich bringen. Auch müssen diese Geräte optimaler Weise in der Mitte des Raumes stehen, um auch alle Bereiche halbwegs umzuwälzen. Demzufolge ist auch hier eine aufwendige Elektroinstallation im Bodenbereich notwendig. Durch die enorme Luftumwälzung werden alle Viren, die sich ohne Lüftung erst einmal mit der 30 Grad Armen Atemluft nach oben bewegen unkontrolliert durch den ganzen Raum verteilt und erhöhen das Ansteckungsrisiko damit merklich. Außerdem entstehen Folgekosten durch teure Filtereinsätze und die konterminierten alten Filter sind Virenbelasteter Sondermüll. Auch nimmt die Leistung dieser Geräte ab dem ersten Einschalten durch das zusetzen der Filter ab, was bei den UVC-Luftreinigern nicht der Fall ist.

Zu den Finanziellen Mittel möchte ich hier nicht weiter eingehen, verweise jedoch, dass bei der Friedhofsvergabe pro Jahr nun wesentlich knapp 16.000 Euro pro Jahr mehr ausgegeben werden und diese auch nicht im Haushaltsplan hinterlegt waren und ohne das die Gemeindevertretung bzw. Hauptausschuss überhaupt gefragt wurde.

Da es sich um einen Testbetrieb handeln sollte, würde ich die Schulkonferenz vor der Entscheidung der „großen“ Anschaffung für alle Räume mit anhören. Das Angebot des Kostenfreien HEPA Filter Gerätes würde ich je Schulstandort dennoch annehmen und bestenfalls im gleichen Testzeitraum dokumentiert aufstellen.“

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass es sich erstmal nur um einen Probetrieb handelte. Außerdem seien die Risiken sehr gering. Sicherlich trage man eine gewisse Verantwortung, da solche Geräte auch mal kaputt gehen können. Gegen groben Unfug der Kinder könne man sich nicht absichern. Größtenteils seien die Kinder auch unter Aufsicht der Lehrer, so dass die Gefahr relativ gering sei. Demzufolge könne er mit der Aussage von Herrn Pehnert mitgehen. Der Probetrieb solle deshalb auch zeitnah durchgeführt werden.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass er nichts dagegen habe, jedoch sei das kindliche Verhalten bei der Beurteilung der Gefährdung zu Berücksichtigen. Jeder UVC-Luftreiniger wird als zusätzliches Gerät in die Klassenräume gebracht und stellt demzufolge eine zusätzliche Gefahrenquelle bzw. Risiko dar. Es handelt sich dabei um ein Gerät, was nicht unbedingt notwendig ist, um den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Diese zusätzliche Gefahr müsse von allen Seiten betrachten werden. Es sei seine Aufgabe gewesen, die Gemeindevertreter nochmal darüber zu informieren.

Der Vorsitzende der Gemeindevertreter ergänzt, dass man um den Probetrieb nicht drumherum komme. Man habe nun zusätzlich die Möglichkeit, ebenfalls die mobilen Luftreiniger als Standgerät zu testen. Die Elternkonferenz solle erst nach dem Testlauf hinzugezogen werden. Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bittet darum, dass die Eltern noch vor dem Testlauf über die Maßnahme informiert werden. Aktuell sei die Präsenzpflcht der Schüler auf Antrag der Eltern bis zu den Ferien ausgesetzt. Sollten die Eltern Bedenken haben, brauchen Sie Ihre Kinder nicht in die Schule schicken.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fasst nochmal zusammen, dass der Probetrieb, wie bereits im Dezember beschlossen, zeitnah stattfinden solle und man das zusätzliche Angebot bzgl. Testung des mobilen HEPA-Luftfilters gerne nutzen möchte. Bei der abschließenden Entscheidung in Auswertung dieses Testlaufes möge jedes Mitglied der Gemeindevertretung die hier gemachten Ausführungen bei seiner eigenen Entscheidung ebenfalls berücksichtigen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung möchte noch wissen, woher die finanziellen Mittel für die Bestellung der Testgeräte genommen werden sollen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass die benötigten Mittel mit Sicherheit unbürokratisch durch die Kämmerei bereitgestellt werden können. Man habe schließlich beschlossen, einen Probetrieb durchzuführen.

Die Teamleiterin der Kämmerei erklärt, dass dies ebenfalls beschlossen werden müsse. Man könne nicht einfach irgendwoher die Gelder nehmen. Es müsse vorab geklärt sein, wie dieser Probetrieb finanziert werden solle. Dies sei bei dem Beschluss im Dezember nicht erfolgt, obwohl sie bereits in dieser Sitzung während der Diskussion darauf hingewiesen hatte, dass dafür keine Gelder geplant und eingestellt sind. Auf diesen Hinweis hatte jedoch keiner reagiert. Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE verweist in diesem Zusammenhang auf die vorläufige Haushaltsführung.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass dann die ganze Diskussion und Arbeit umsonst gewesen sei.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt auf Nachfrage, dass für den Probetrieb ca. 4.500 Euro benötigt werden.

Aufgrund der fehlenden Finanzierung des Testlaufes im vorangegangenen Beschluss eskaliert die Situation und es findet eine lautstarke Diskussion statt.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass aufgrund der kommunalen Haushaltsführung per Beschluss durch die Gemeindevertretung vorgegeben werden müsse, aus welchem Budget die benötigten Mittel umgeschichtet werden sollen. Da die Verwaltung dies nicht selbst macht, muss dies über die Gemeindevertretung erfolgen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass zu mindestens Vorschläge dafür aus der Verwaltung kommen können.

Die Teamleiterin der Kämmerei erklärt, dass bei näherer Betrachtung der Projekte das Geld nur noch aus dem Gehwegeprojekt genommen werden können, jedoch würden dann die Gelder in diesem Projekt fehlen. Alle anderen Investitionen seien soweit ausgeschöpft bzw. verplant, so dass keine anderen finanziellen Mittel mehr zur Verfügung stehen. Bei Betrachtung des Haushalts für das Jahr 2022 in der groben Planung stehe man vor einem großen Problem. Man solle vorab gut überlegen, für welche Maßnahmen man Gelder binden möchte.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass man in den letzten beiden Jahren kaum Geld aus dem Gehwegeprojekt verbraucht habe, da noch kein Pflasterstein verlegt worden sei. Man diskutiere hier aber seit einer halben Stunde wegen 5000 € rum. Als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses unterbreitet er den Vorschlag, dass die Gelder aus dem Gehwegeprojekt genommen werden sollen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass dieser Beschluss keine Gültigkeit hätte, da er nicht auf der Tagesordnung stand.

Der Bürgermeister fragt die Gemeindevertretung, ob diese damit mitgehen könne, da man dies als Verwaltung nicht selbstständig entscheiden darf. Der Bürgermeister bittet darum, dass die Aussage der Gemeindevertretung, dass die benötigten Gelder für die Testgeräte aus dem Budget des Gehwegeprojektes genommen werden soll, so zu Protokoll genommen werde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beendet damit die Diskussion.

Frau Schulze hat die Onlinekonferenz um 21:50 Uhr verlassen.

Es sind nun 15 Gemeindevertreter anwesend.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung spricht nochmal die im Dezember vereinbarte 3G-Regelung in den Sitzungen seit dem Jahreswechsel an. Bisher konnte diese Regelung leider noch nicht umgesetzt werden, da noch kein Vorschlag der Verwaltung vorlag. In diesem Zusammenhang werde die Verwaltung nochmal gebeten eine entsprechende Umsetzungsmöglichkeit zu erarbeiten und bis Februar vorzustellen, damit diese Regelung spätestens im März angewendet werden könne.

Aufgrund der abgelaufenen Sitzungszeit beendet der Vorsitzende der Gemeindevertretung den öffentlichen Teil der Sitzung um 22 Uhr und vertagt den nichtöffentlichen Teil auf die kommende Sitzung im Februar.

Er bedankt sich bei allen Gästen, Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Mitgliedern der Gemeindevertretung für die Teilnahme und wünscht einen guten Heimweg.

Am Mellensee, den 11.02.2022

M. Tschewinka  
Vors. d. Gemeindevertretung